DER RABE RALF

SONDERAUSGABE

20 JAHRE UMWELTBEWEGUNG IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Die Berliner Umweltzeitung **Dezember 2010 / Januar 2011**

Herausgegeben seit 1990 von der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. - Netzwerk ökologischer Bewegungen

20 Jahre GRÜNE LIGA – was jetzt?

„Wer seine Wurzeln nicht kennt, dem werden keine Flügel wachsen“ (Sprichwort)

In diesem Sinne sei mit dieser Sonderausgabe unserer Umweltzeitung an die Gründung und die Anfangszeiten erinnert. Um die Namensfindung für das „Informationsblatt der grünen Bewegung“, später die „Umweltabhängige Zeitung“ der GRÜNEN LIGA Berlin ranken sich manche Legenden. Kann man glauben, dass nach mehrstündiger Diskussion jemand begann, Gedichte von Christian Morgenstern zu zitieren, das Buch zu Boden viel und just auf der Seite mit dem Gedicht *Der Rabe Ralf* aufschlug? Auf jeden Fall eine schöne Geschichte, und bis Mitte der 90iger Jahre gehörte ein Morgenstern-Gedicht in jede Ausgabe. In der ersten Ausgabe wurde der Anspruch formuliert, „Information und Koordination der zur GRÜNEn Liga gehörenden und anderweitig aktiven ökologischen Initiativgruppen“ bieten zu wollen und „den Begriff Ökologie etwas lebendiger gestalten, um so Menschen für dieses wichtige Thema wirklich zu sensibilisieren“.

Auf der ersten Seite der ersten Ausgabe des RABEN RALF (Dezember 1990) ist das folgende Gedicht zu finden:

Grüner Knüppelvers

Des Rabens Philosophie
(ich begreif es nie)
will die Ökologie
nicht nur im Büro
und sonstewo
nicht nur im Computer
und im Regenfluter
sondern auch
im satten Bauch
und grünen Strauch
Auf dem Faschingsball
einfach überall!
Wir wollen nicht länger warten
wir lassen ihn jetzt starten.

Heute sind wir froh und stolz, dass der RABE noch immer fliegt!

Die GRÜNE LIGA als Netzwerk ökologischer Bewegungen hat die Erfahrung gemacht und eingebracht, dass ”gemeinsames Handeln”, wie im Gründungsaufruf vom November 1989 formuliert, der einzige erfolgversprechende Weg ist, um Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, sich für die Umwelt zu engagieren und demokratische Mitbestimmung für eine nachhaltige Zukunft einzufordern und durchzusetzen. Dabei hat sie zahlreiche Partner, Mitstreiter und Verbündete aus unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft gewonnen und lokal wie international Anerkennung gefunden.

Unsere Grafikerin Evelin Bulling bei der Arbeit

Foto: GRÜNE LIGA

Zwei dieser Mitstreiter kommen stellvertretend in dieser Ausgabe zu Wort: Michael Zschiesche vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen berichtet über die Veränderungen beim Umweltrecht. Manfred Schubert von der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz kommt mit einem Rückblick auf gemeinsam Erreichtes zu Wort. Nicht nur in den Interviews mit Michael Succow (Landschaftsökologe) und Leif Miller (Vorsitzender GRÜNE LIGA Berlin) sowie in dem Ausblick von Stefan Richter (Geschäftsführer GRÜNE LIGA Berlin) wird deutlich, wie viel noch für eine ökologische Veränderung unserer Gesellschaft zu tun bleibt.

Gudrun Vinzing
GRÜNE LIGA

20 Jahre RABE RALF

Die Berliner Umweltzeitung - ein erfolgreiches Sprachrohr für alle Umweltbewegten

DER RABE RALF wird 20 - das ist eigentlich kaum zu glauben. Beim Start in den kreativen, hoffnungsvollen und teilweise chaotischen Aufbruchsmonaten 1990 hat wohl niemand daran gedacht, dass einmal eine solche Sonderausgabe wie diese entstehen würde. Nun gibt es die Umweltzeitung der GRÜNEN LIGA Berlin schon zwei Jahrzehnte. Fast noch erstaunlicher ist es, dass die Anfangsidee, ein „Sprachrohr ökologischer Bewegung“ und eine für alle Umweltbewegten, Vereine und Gruppen offene Umweltzeitung zu sein, so lange getragen hat.

DER RABE RALF

Röttgens Atomausstieg — Seite 6
Wie sich die Union für AKW-Laufzeitverlängerung einsetzt

Großflughafen Schönefeld — Seite 8
Folgen der skandalösen BBI-Flughafenplanung seit 1990

Versuchsgarten zerstört — Seite 16
TU Berlin verkauft den ökologischen Garten Kehler Weg

Die Berliner Umweltzeitung — April / Mai 2010

Herausgegeben seit 1990 von der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. - Netzwerk ökologischer Bewegungen

Jahr der Biodiversität und des Tigers

Die Zerstörung der Ökosysteme und das Artensterben - die wahren Krisen unserer Zeit

Wie sind die doch für bewegte Zeiten, in denen wir leben? Die Wirtschaftskrise hält die Welt weiterhin in Wiggeriff, EU-Mitgliedstaat Griechenland steht kurz vor dem Staatsbankrott, der Klimagipfel von Kopenhagen wird wohl als Schleichgipfel in die Geschichtsbüchern, der Afghanistan-Konflikt spaltet Politik und Kirche, UN-Präsident Barack Obama bringt seine Gesundheitsreform, an der vor ihm schon sechs Präsidenten gescheitert waren, auf den Weg, und die Deutsche Bundesregierung beschließt mit ihrem Haushalt 2010 eine Rekordverschuldung von mindestens 86 Milliarden Euro.

Ganz nebenbei ist 2010 auch noch das offizielle Jahr der biologischen Vielfalt. Im Oktober findet das 10. Treffen der Vertragsstaaten (COP-10) der Biodiversitätskonvention (CBD) im japanischen Nagoya statt und droht angesichts der aktuellen Krisen regelrecht unterzugehen. Dabei sind die vom Menschen verursachte Zerstörung der natürlichen Ökosysteme, das Artensterben und der drohende Verlust der genetischen Vielfalt die eigentlichen Krisen unserer Zeit. Diese umweltrelevanten zwar

Fortsetzung auf Seite 4

ISSN - (DRAG) - A 14194 - 1 (2010) - Erstgedruckt / DER RABE RALF Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. (030) 44 33 81-470 E, Fax: 03 - 6594 1458-8065 - 21. Jahrgang, Nr. 155

Ihre Zeitung hat sich aus einem breiten Öko-Spektrum schöpfen - ob es um das Verfassen von Beiträgen ging, das Abonnieren, Verteilen, Annoncieren, Spenden oder Leserbriefschreiben. Manchmal wünschen wir dem Blatt etwas von der Unbekümmertheit und Experimentierfreude der Anfangsjahre zurück. Manchmal aber auch wieder nicht, wenn man an einige „Irrtümer der Umweltgeschichte“ wie das Biodiesel-Desaster denkt. Doch um die Themen und Aufgaben der nächsten Jahre zu bewältigen, lohnt auch wieder der Blick in eine ältere RABEN-Ausgabe. Was dort zum Beispiel vor 20 Jahren über Wachstumskritik stand, ist immer noch gültig und heute wichtiger denn je.

Auf der anderen Seite hat sich DER RABE RALF in den letzten Jahren inhaltlich weiter professionalisiert und profiliert. Mit Schwerpunkt-Themen wie Klimawandel, Biodiversität, Atomkraft oder dem Protest gegen neue Kohlekraftwerke in Berlin und Jänschwalde konnte die Umweltzeitung direkt in politische Diskussionsprozesse und Entscheidungen eingreifen. Das beste Beispiel dafür ist das erfolgreiche Wasser-Volksbegehren in Berlin. DER RABE RALF hat darüber informiert, als noch keine andere Zeitung ausführlich berichtete.

In der Berliner Umweltzeitungslandschaft ist der RABE heute ziemlich allein. An Zeitungen wie „Grünstift“, „Berliner Luftzeitung“, „pro terra“, „Baumschutz“ oder „Juckreiz“ können sich vielleicht noch einige Leser/-innen erinnern. DER RABE RALF hat sich nicht nur gewünscht, dass alle diese Zeitungen weiter bestehen. Er hat auch versucht, sie mit Kooperationsprojekten zu retten. Bei einigen Blättern ist das immerhin für ein paar Jahre gelungen. Mit der rbb-Umweltsendung OZON verbindet die Redaktion ebenfalls eine nunmehr 20-jährige Freundschaft, während der sich der RABE an allen Rettungskampagnen für die mehrfach von Einstellung bedrohte Fernsehsendung beteiligte.

DER RABE RALF steht 2010 nicht vor einer rosigen wirtschaftlichen Zukunft. Es werden dringend Abos und Anzeigen gebraucht, um im nächsten Jahr den Druck zu finanzieren. Doch vor zehn Jahren haben wir an dieser Stelle geschrieben: „Wahrscheinlich gibt es den RABEN vor allem deshalb, weil es Leute gibt, die ihn unbedingt machen und haben wollen.“ Solange das so bleibt, sehen wir alles andere als rabenschwarz für die nächsten 20 Jahre.

Matthias Bauer
Jochen Mühlbauer

Grüner geht's immer

Runder Tisch der ostdeutschen Umweltbewegung

Unter dem Motto „Grüner geht's immer - 20 Jahre Umweltbewegung in den neuen Bundesländern“ veranstaltete die GRÜNE LIGA einen Runden Tisch in der Brandenburgischen Landesvertretung. Umweltakteure der ersten Stunden und Aktive der vergangenen 20 Jahre haben sich dort getroffen, um gemeinsam die Wurzeln der Umweltbewegung in den neuen Bundesländern zu würdigen und in die Zukunft zu schauen. Darunter viele Gründungsmitglieder und Wegbegleiter wie der Landschaftsökologe Prof. Michael Succow, der Bundesvorsitzende der GRÜNEN LIGA, Klaus Schlüter, der Vorsitzende des GRÜNE LIGA-Landesverbandes Berlin, Leif Miller, der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Pfarrer Reinhard Dalchow und viele weitere Persönlichkeiten.

Pfarrer Reinhard Dalchow- Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg

Stefan Richter- Geschäftsführer der GRÜNEN LIGA Berlin

Katrin Lompscher- Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz

Leif Miller- Vorsitzender der GRÜNEN LIGA Berlin

Dr. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) seit 1991 und Kenner der ostdeutschen Umweltbewegung,

Runder Tisch zu 20 Jahre Umweltbewegung in den neuen Bundesländern

Fotos: Hans-Martin Fleischer

Dr. Fritz Brickwedde- Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung (DBU)

moderierte mit viel Charme und Detailkenntnis den Runden Tisch.

Die Konferenz war Rückblick, aber auch zukunftsweisend für die weitere Arbeit. Klaus Schlüter griff das Bild des Löwenzahns von der Einladungskarte auf, der auch unter widrigen Bedingungen und fast überall wachsen kann; der für grüne Subversion steht und nicht kleinzukriegen ist. Wie die GRÜNE LIGA. Deutlich wurde, dass die Stärke der GRÜNEN LIGA die Vernetzung von Akteuren in der Umweltbewegung ist. Pfarrer Reinhard Dalchow meinte dazu: „Die GRÜNE LIGA hat sich als Netzwerk bewährt, weil sie den Mitgliedsgruppen die Eigenständigkeit nicht nimmt und dennoch eine intensive Zusammenarbeit ermöglicht. Bei allen Aktionen, Projekten, Entwicklungen und Zielstellungen geht es nicht darum, Unmögliches zu erwarten, aber es geht darum, das Mögliche wirksam und konsequent zu tun.“

Alle Redner gingen ein auf die großen globalen Herausforderungen wie steigender Ressourcenverbrauch, Klimawandel, Biodiversität. Der Träger des Alternativen Nobelpreises, Prof. Michael Succow, resümierte: “Es ist mehr geworden, was an großen Aufgaben vor uns steht”.

„Wir haben die ostdeutsche Warteschlangenwirtschaft in die westliche Überflussgesellschaft getauscht. Der heutige Kampf gegen den hohen Ressourcenverbrauch und die hohe Arbeitslosigkeit bedarf fundamentaler gesellschaftlicher Veränderungen. Ostdeutsche wissen, dass Gesellschaft veränderbar ist. Sie haben es selbst gestaltet.“, so Stefan Richter, Geschäftsführer der GRÜNEN LIGA Berlin.

„Grüner geht's immer“ – das ist nicht nur Motto dieses Runden Tisches. Mit unseren Erfahrungen und Kompetenzen werden wir in den kommenden Jahren das Engagement für den Umwelt- und Naturschutz weiterführen und dazu Projekte und Utopien entwickeln“, so Leif Miller, Vorsitzender der GRÜNEN LIGA Berlin. In der Diskussion wurde angeregt, eine Arbeitsgruppe Utopien ins Leben zu rufen, um sich den neuen gesellschaftlichen Anforderungen zu stellen.

„Wir haben uns immer als Salz in der Suppe verstanden!“, konstatierte Uli Wieland, Gründungsmitglied der GRÜNEN LIGA.

Gudrun Vinzing

Klaus Schlüter- Bundesvorsitzender der GRÜNEN LIGA Berlin

Prof. Michael Succow- Landschaftsökologe

Carlo Jordan und Uli Wieland (Gründungsmitglied der GRÜNEN LIGA)

20 Jahre GRÜNE LIGA und „DER RABE RALF“

Interview mit dem Berliner Landesvorsitzenden der GRÜNEn LIGA und Gründungsmitglied Leif Miller

Leif Miller ist Gründungsmitglied der GRÜNEn LIGA und überzeugter Grünligist. Kaum jemand kann 20 Jahre GRÜNE LIGA Berlin so gut nachempfinden und -erzählen wie er. Schon seit seinem elften Lebensjahr engagiert er sich im Naturschutz, zunächst in der Station Junger Naturforscher, später in der Fachgruppe Ornithologie der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR. Bis 1998 war er Geschäftsführer der GRÜNEn LIGA Berlin. Heute ist er ist hauptamtlicher NABU- Bundesgeschäftsführer und ehrenamtlicher DNR-Vizepräsident (DNR: Dachverband der deutschen Umweltverbände mit fast 100 Mitgliedsverbänden, die 5,5 Millionen Einzelmitglieder vertreten) und in der GRÜNEn LIGA aktiv.

Warum ist der RABE RALF als mittlerweile einzige Berliner Umweltzeitung wichtig?

Ich denke nach wie vor, dass wir vor 20 Jahren mit der Erstausgabe des RABEN RALF eine Lücke füllten, die es auch heute immer noch gäbe. 1989/90 haben wir den RABEN ins Leben gerufen, weil es vor allem im Bereich der Informationsverbreitung und Transparenz große Defizite gab. Deshalb war es wichtig ein Medium zu haben, das Umweltinformationen überhaupt zugänglich macht und in die breite Öffentlichkeit trägt. Dass der RABE anfing zu fliegen, war natürlich auch von großer Bedeutung für die GRÜNE LIGA als ein Netzwerk ökologischer Bewegungen. Mit der LIGA konnten wir vielen Gruppen und Mitgliedern ein Podium und ein Dach über den Kopf mit Kopierer geben, mit dem RABEN konnten wir den Gruppen ein Medium geben, in dem über ihre Arbeit berichtet werden konnte und kann.

Demnach sind dies also die beiden zentralen Punkte: Verbreitung von Umweltinformationen und Vernetzung der vielen Gruppen, Initiativen etc. DER RABE RALF ist daher heute genauso wichtig wie vor 20 Jahren. Er ist eines der wenigen Medien im Umweltbereich, die in Berlin übriggeblieben sind.

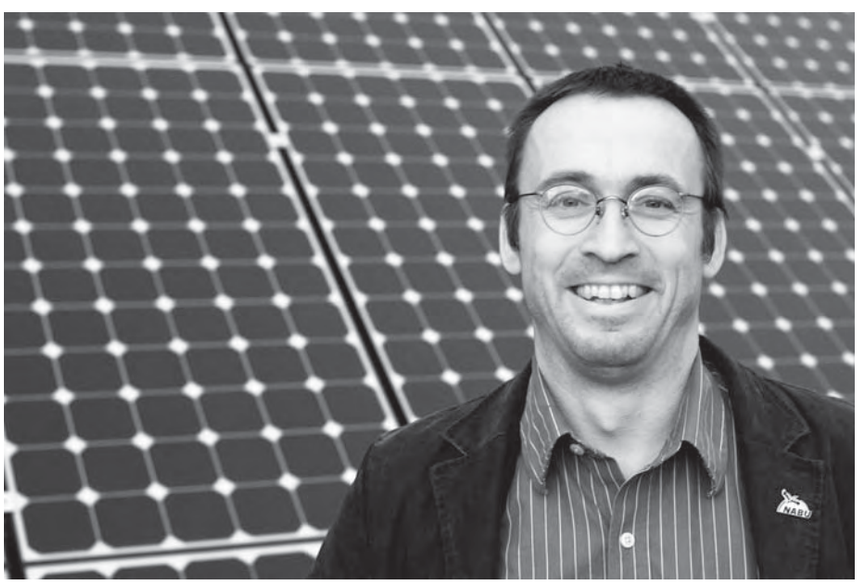
Und: Wenn es den RABEN RALF nicht gäbe, so müsste man ihn neu erfinden!

Ein Motto der GRÜNEn LIGA ist „Kooperation statt Konfrontation“. Trägt es auch heute noch zur Stärkung der Umweltbewegung bei? Was hat die GRÜNE LIGA in den letzten 20 Jahren erreicht?

Das Motto „Kooperation statt Konfrontation“ ist ebenso wie der Grundgedanke des RABEN RALF eine Besonderheit in der Verbändelandschaft Deutschlands! Die GRÜNE LIGA ist eben anders als etablierte Umweltverbände. Sie hat wichtige Erfahrungen aus der Wendezeit (1989/90), aus der Zeit in der DDR, im Kulturbund, in Stadtökologiegruppen aber auch in der kirchlichen Bewegung gesammelt. Auch die Art des Umgangs miteinander führte letztlich zur Gründung einer „Grünen Liga“ als Netzwerk ökologischer Bewegungen. Unter dem Dach der GRÜNEn LIGA in Berlin arbeiten große Verbände wie der NABU oder der ADFC genauso wie kleine Bürgerinitiativen, Gruppen oder Einzelaktive mit. Das genau macht unsere Stärke aus! Und das geht eben nur in einer sehr kooperativen Art und Weise und würde nicht funktionieren, wenn wir zum Beispiel unseren Mitgliedsverbänden Konkurrenz machten. Wir versuchen, Gemeinsamkeiten auszuloten und herauszustellen. Das ist bei vielen Projekten sichtbar und eine Stärke der GRÜNEn LIGA im Unterschied zu anderen Verbänden.

Was waren die größten Erfolge, aber auch die Niederlagen?

Wenn man mich nach dem größten Erfolg der GRÜNEn LIGA fragt, dann ist das für mich das Umweltfestival- Europas größtes Umweltevent unter dem Dach der GRÜNEn LIGA! Wer hätte das 1995 gedacht! Damals gelang erstmals die Koordinierung der Umweltverbände auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene im sogenannten „Klimaforum 95“. Verbände, die im Bereich Klimaschutz aktiv waren, koordinierten sich während der ersten UN- Klima-Vertragsstaatenkonferenz auf deutschem Boden und schufen ein Rahmenprogramm- ein Modell der NGO- Zusammenarbeit, was letztes Jahr in Kopenhagen wie dieser Tage im mexikanischen Cancun funktioniert! Das KLIMAFORUM´95 wurde damals als verbandsübergreifendes Büro der Nichtregierungsorganisationen aus dem umwelt- und entwicklungspolitischen Bereich für den Berliner Klimagipfel gegründet. Das Büro, initiiert und getragen vom Deutschen Naturschutzring (DNR) und der GRÜNEn LIGA bot einen Rahmen für eine optimale Vorbereitung auf die wichtige politische Veranstaltung, koordinierte die Aktivitäten auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene und ermöglichte so eine wirkungsvolle Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Aktionen konnten so gebündelt und weitere Ereignisse initiiert werden. Und so fand als Abschluss der Fahrradsternfahrt „Berlin fährt Rad- Prima Klima mit dem Rad“ am 2. April 1995 das erste Umweltfestival am Brandenburger Tor statt.



Leif Miller (Vorsitzender GRÜNE LIGA Berlin) vor dem eigenen Solardach

Foto: GRÜNE LIGA

Niederlagen haben wir selbstverständlich auch immer wieder. Als Umweltverband hatte man in den letzten 20 Jahren nicht immer nur Grund zum Feiern. Aktuell ist hier der Flughafenausbau des BBI oder das Kohlekraftwerk in Jänschwalde zu nennen.

Wie siehst du die Jugend? Bekommt die Umweltbewegung genügend „Nachschub“ und auch speziell die GRÜNE LIGA?

Nun ja, wir waren alle 20 Jahre jünger- die GRÜNE LIGA war eine junge Organisation. Selbst war ich zur Zeit der Gründung der GRÜNEn LIGA 22 Jahre alt und wurde mit 25 Geschäftsführer des Berliner Landesverbandes.

Wir haben von Anfang an auch auf Umweltbildung gesetzt. Unter anderem haben wir deshalb ein ehemaliges DDR-Kanuten-Trainingslager in Brückentin in der Nähe von Fürstenberg übernommen und zu einer Jugendnaturschutzakademie mit über 120 Betten und entsprechender Tagungslogistik aufgebaut. Auch dass zählt zu den Erfolgen der Ligaarbeit der letzten 20 Jahre. Jährlich verreisen tausende Kinder und Jugendliche mit unserem eigenen Reiseveranstalter NATOUR. Viele kommen gerne wieder und bleiben der Liga und ihren Inhalten verbunden.

Trotzdem hier noch mal der Aufruf, wer Lust hat, sich zu engagieren, der möge sich doch bitte in der Prenzlauer Allee 8 melden, um vielleicht die erneute Einrichtung einer Jugendgruppe wiederzubeleben.

Für die GRÜNE LIGA ist Umweltbildung also absolut wichtig, da wir in diesem Bereich viele Bewusstseinsveränderungen herbeiführen können. Daher bieten wir eben nicht nur NATOUR-Reisen sondern auch Hofbegrünungsaktionen auf Schulhöfen und Kindergärten oder unseren „Schulhofdschungel“ an.

Gibt es ein Ereignis oder ein Projekt in den über 20 Jahren deines Engagements als Grünligist, an das du dich besonders gern erinnerst?

Darüber könnte ich sicherlich ein Buch schreiben. Ich möchte jetzt hier als Beispiel noch mal das „KLIMAFORUM´95“ nennen. Dort sind wir sechs Jahre nach dem Gründungsaufruf als GRÜNE LIGA erstmals bundesweit in Erscheinung getreten und konnten unseren Netzwerkcharakter leben. Ich erinnere mich heute noch gerne an den Moment, wo mir in einem Wohnmobil am Pariser Platz über Funk mitgeteilt wurde, dass tatsächlich 150.000 Menschen an der von uns organisierten Fahrradsternfahrt auf das Brandenburg Tor

17.11.2010 - Leif Miller eröffnet den Runden Tisch der ostdeutschen Umweltbewegung

Foto: Hans-Martin Fleischer

zu radelten. Mir ist es ob dieser Zahlen kalt den Rücken heruntergelaufen und diese Menschen unterstützten ja auch das Motto „Prima Klima“. Das war der Startschuss für die GRÜNE LIGA auf Bundesebene.

Du sprachst in einem früheren Interview im RABEN RALF von „euphorischer Wendestimmung“. Was meintest du damit? Wie war das damals 1989/90? Und warum konnte diese ökologische Aufbruchstimmung vielleicht nicht richtig genutzt werden?

Natürlich gab es 1989/90 eine Aufbruchstimmung. Sie hat dazu geführt, dass wir in wenigen Monaten ein komplett neues Gesellschaftssystem bekommen haben. Man kann jetzt darüber streiten, ob es besser gewesen wäre, andere Wege zu gehen. Wir in der GRÜNEn LIGA waren uns aber sicher, dass wir nicht den Weg einer Partei gehen wollten. Wir verstanden und verstehen uns als parteiunabhängige Bürgerbewegung und Teil der Zivilgesellschaft. Natürlich kam irgendwann eine gewisse Ernüchterung, auch weil die Probleme von damals nach wie vor vorhanden sind, beziehungsweise heute sogar noch extremer ausfallen. Wenn man sich den Gründungsaufruf vom 18. November 1989 anguckt, sind viele Punkte aktueller denn je. Aus Sicht eines Umweltverbandes ist die Lage weiterhin unbefriedigend. Themen wie Klimaschutz und Energiepolitik mit der Verknüpfung zur Biodiversität wurden vor 20 Jahren zum Beispiel so gut wie überhaupt nicht gesellschaftlich diskutiert. Damals ging es um Themen wie Umweltverschmutzung und fehlende Umweltinformationen. Wir haben als GRÜNE LIGA einen Beitrag zur Ökologisierung der Gesellschaft, einem Ziel der Liga, geleistet und können inzwischen auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung bauen. Klimaschutz ist mittlerweile in aller Munde, dazu hat die Umweltbewegung maßgeblich beigetragen!

Wie läuft die Zusammenarbeit der GRÜNEN LIGA mit den anderen Umweltverbänden?

Unser Netzwerkcharakter unterscheidet uns von anderen Umweltverbänden. Bei uns kann jeder und jede mitmachen, ohne Mitglied zu sein. Deswegen haben wir auch viele bei uns, die sich zur GRÜNEn LIGA bekennen, aber nicht zwingend Mitglieder sind. Als Landesvorsitzender würde ich mir das natürlich manchmal anders wünschen…

Die Zusammenarbeit mit den anderen Verbänden läuft gut. Wir haben im bundesweiten Maßstab etliche Bereiche, in denen die GRÜNE LIGA Verantwortung trägt und mit anderen Organisationen beispielhaft kooperiert. Da ist einmal das Thema Wasser. Hier koordiniert die LIGA mit ihrer Bundeskontaktstelle Wasser die Aktivitäten der Verbände im DNR. Wir waren zentrale Anlaufstelle des erfolgreichen Wasservolksbegehrens in Berlin. Ein weiteres Beispiel ist unsere Bundeskontaktstelle Internationales, deren Schwerpunkt die Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern ist. Wir haben zeitgleich vergleichbare Entwicklungen erlebt wie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in diesen Ländern. Dadurch konnte sich die GRÜNE LIGA gut einbringen und ist immer noch ein gefragter und glaubwürdiger Partner. Gemeinsam mit dem NABU engagieren wir uns z.B. seit 15 Jahren im mittlerweile anerkannten UNESCO- Weltnaturerbe „Westkaukasus“ für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Und drittens ist es die Lokale Agenda. Die herausragenden Ereignisse sind hier jedes Jahr die Verleihung des Nachhaltigkeitspreises Zeitzeiche(N) und der Netzwerk21Kongress. Und: Wir sind und bleiben ein Ostgewächs.

Wir haben in dieser Ausgabe einen Artikel „Was lesen wir in 20 Jahren im RABEN RALF“. Vielleicht ein paar realistische Stichwörter dazu von dir. Was werden wir aus deiner Sicht 2030 schreiben?

Den RABEN RALF wird es auf jeden Fall geben. Das steht fest! Und Schlagzeilen könnten vielleicht sein:

Wohin mit dem Atommüll?
Vollständige Versorgung mit Erneuerbaren Energien in 3 Jahren!
Mehr als heiße Luft - Klimagipfel kann Resultate vorzeigen!
35. Umweltfestival am Brandenburger Tor!

Einen Rat für unsere Leser/-innen: Warum sollten sie auch in einigen Jahren noch den RABEN RALF abonnieren?

DER RABE RALF ist, nicht nur weil er die einzige Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg ist, nicht mehr wegzudenken. Denn er behandelt Umweltfragen sehr übergreifend und interdisziplinär. Er fasst das Thema Umwelt sehr breit, wie die GRÜNE LIGA selbst, im Gegensatz zu den anderen Verbänden, übrigens auch. So gehört für uns zu den Themen Umweltschutz und Ökologie ein Engagement gegen den Krieg unmittelbar dazu. DER RABE RALF ist weder ein reines Naturschutzblatt noch ein reines Ökolandbaublatt, sondern er bringt von allem etwas. Die thematische Breite macht hier die Spannung, wie die Breite an Initiativen die Liga als Netzwerk ökologischer Bewegungen ausmacht. Außerdem gibt es in unserer Umweltzeitung spannende Serviceseiten.

Zum Schluss noch etwas Persönliches: Was ist aus dem „Vogelfritzen“ Leif Miller geworden?

Der Vogelfritze Leif Miller ist nach wie vor überzeugter Grünligist und unglaublich stolz auf die LIGA. Beruflich bin ich Bundesgeschäftsführer des NABU und versuche hier, wie übrigens auch im DNR, meine ostspezifischen Erfahrungen einzubringen.
Privat ist der „Vogelfritze“ viel zu wenig draußen in der Natur und würde gerne mal wieder einen Erstnachweis wie 1990 für die Doppelschnepfe führen. Ein bisschen versöhnt ihn seine Arbeit als Landwirt eines Biobauernhofes in der Nähe von Rheinsberg. Hier kann er sich den Ausgleich holen und privat das ausprobieren, was er im Beruf fordert.

Vielen Dank für das Interview!

Das Gespräch führte Felix Eick

Anzeige

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE hat viele Gesichter - Von der Vielfalt Anderen Wirtschaftens inner- und außerhalb der Marktwirtschaft · USA: Grüne Keime des Überlebens in schweren Zeiten · Lateinamerika: Neuaufbruch nach der langen Nacht des Neoliberalismus · Mittel- und Osteuropa: Vielfalt zwischen etablierten Strukturen und Sorge für das Überleben · Kampagne: »Betriebe in Belegschaftshand« · CSA-Projekte: Jeder Hof ist anders! · Grundzüge der Care-Ökonomie · »Selbstbefreiung aus der neoliberalen Einzelhaft« SERIE Überleben in Ghettos und Slums, Teil 4: Über New Deal und Solidarische Ökonomie INSOLVENZ »Strike Bike« geht in Konkurs GENO Zeitarbeit und Kooperation – solidarisch-genossenschaftlich organisiert NICARAGUA Radio CENTRO seit 18 Jahren erfolgreich! STUTTGART 21 Protest nutzt neue Medien: Der überwachte Staat REPRESSION Unzensiert lesen – Erneute Durchsuchungen bei linken Buchläden TREFFEN »Wir bauen an einem Netz aus freien Orten« – Erfahrungsaustausch am Wieserhoisl in Österreich u.v.m.

Archiv-CD mit »BUNTE SEITEN«
siehe: www.contraste.org/archiv-cd.htm

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

Alles, was Recht ist

Bürgerbeteiligung und Umweltklagen in Ostdeutschland – ein kurzer Abriss seit 1990

Es war eine heftige Debatte, die Ende der 90er Jahre den BUND zur Frage Talsperre Goldisthal beschäftigte. Soll man oder soll man keinen außergerichtlichen Vergleich mit dem „Feind“, in dem Fall die Vereinigten Energiewerke AG, kurz VEAG (heute Vattenfall) abschließen. Die Aussichten, die Klage vor Gericht zu gewinnen, waren zu dem Zeitpunkt schlecht. Man schloss einen Vergleich und gründete mit dem Geld, etwa 3,3 Millionen DM, die Naturstiftung „David - Stiftung des BUND Thüringen“, die seit 1998 als eine der wenigen unabhängigen Umweltstiftungen in Ostdeutschland tätig ist. Heute erscheint die damalige Entscheidung, einen außergerichtlichen Vergleich einzugehen, als strategisches Meisterstück. Aber war es das? Und wie ist es um die Beteiligungs- und Klagerechte in Ostdeutschland für die Umweltorganisationen im Allgemeinen bestellt? Sind die hochgesteckten Erwartungen der Wendezeit 1990 hinsichtlich der „Watch-Dog“-Funktion der Umweltverbände erfüllt worden?

Szenenwechsel: 1991 beschloss der Bundestag das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz. Es sollte für einen begrenzten Zeitraum den schnelleren Ausbau der Infrastruktur in Ostdeutschland ermöglichen. Bürgerbeteiligungsrechte wurden daher eingeschränkt, Klagerechte für Umweltverbände abgebaut. 2010 gibt es zwar kein Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz (VerKPBG) mehr, aber dafür wurde Ende 2006 das Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben erlassen, kurz Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz.

Abbau der Beteiligungsrechte

Die Konsequenz: Beteiligungsrechte, die eigentlich nur für einen begrenzten Zeitraum und nur in Ostdeutschland eingeschränkt werden sollten, sind nunmehr in ganz Deutschland und auf Dauer abgebaut. *Das Argument Ostdeutschland wurde ersetzt durch Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Wirtschaftsstandort Deutschland.* Wer der Bundesregierung eine gewisse Scheinheiligkeit bei der Argumentation zur Begründung dieser und weiterer Gesetzesvorhaben zur Einschränkung der Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten unterstellt, liegt nicht ganz falsch. Fraglich ist, ob Ostdeutschland der Grund der Beschleunigungsgesetzgebung oder nur willkommener Anlass für ein gesetzgeberisches Programm der Deregulierung und Beschleunigung von Umweltvorschriften war.

Was 1991 noch als Ausdruck eines faktischen Gebots, in Ostdeutschland rasch und unter teilweiser Umgehung partizipativer Verfahren zu praktischen Planungsergebnissen für Infrastrukturvorhaben zu gelangen, gelten konnte, war möglicherweise der Anfang eines planvollen Konzepts zum Umbau umweltrechtlicher Vorschriften, der bis heute immer neue Gesetzesvorhaben entstehen lässt. Zumindest deutet die bereits 1993 vollzogene Übernahme wesentlicher Bestandteile des VerKPBG auf ganz Deutschland mit dem Planungsvereinfachungsgesetz darauf hin, dass schon 1991 die strategische Ausrichtung darauf gerichtet war, das partizipative Planungsrecht der Bundesrepublik insgesamt und langfristig zu verändern.

Gemeinsame Klima-Aktion der Umweltverbände 2004

Foto: GRÜNE LIGA

Ostdeutschland markierte aber ohne Zweifel den Einstieg und einige Zeit auch als Grund des Einstieges in gesetzgeberische Initiativen zum Abbau von Beteiligungsstandards. Es bot sich durch die Vereinigung in idealer Weise an. Dabei wurde völlig übersehen, dass sich in Ostdeutschland in der kurzen Zeit zwischen Oktober 1989 und Juli 1990 eine neue partizipative Kultur herausgebildet hatte, die auf Dialog gegründet war, mit Argumenten geführt wurde und deren methodisches und organisatorisches Aushängeschild der Runde Tisch war.

Der Abbau von Beteiligungsrechten durch das VerkPBG wirkte sich auf alle Funktionen der Beteiligung aus. Da durch das VerkPBG kein einziges Element der Stärkung der Beteiligung oder des Rechtsschutzes verankert wurde, gab es eine alle Funktionen beeinflussende zentrale Botschaft des Gesetzgebers, die darin bestand, die Beteiligung als weniger wichtig anzusehen. So stellt Prof. Dr. Ronnellenfitsch, einer der Architekten des VerkPBG, leicht zynisch nach der Bekanntgabe von Entwürfen zum VerkPBG fest: *„Zur schleichenden Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Verbänden bei staatlichen Vorhaben trägt der Entwurf allerdings nicht bei. Er setzt insofern ein Signal, das von den betroffenen Verbänden klar verstanden und bekämpft wird. Das ist natürlich legitim“* (1).

Die Proteste gegen die Beschleunigungsgesetze auch von Umweltverbandsseite blieben letztlich ebenso wirkungslos wie die Argumente der Gruppe von Bündnis90/Die Grünen im Bundestag. Immerhin war es den Resten der Bürgerbewegung der DDR vorbehalten, darauf hinzuweisen, dass der Abbau von Beteiligungsrechten im Zusammenhang mit dem VerkPBG mit dem Funktionsverständnis der Bürgerbeteiligung trotz der großen Aufgabe, die Verkehrswege in Ostdeutschland rasch in Ordnung zu bringen, nicht einherging. „Diese Gesetze stellen einen Rückschritt in ein autoritäres Verwaltungsdenken dar, das in Bürgerbeteiligung lediglich einen lästigen Störfaktor sieht. … *Diese Gesetze [VerkPBG sowie Maßnahmegesetze] ignorieren positive Erfahrungen in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, Umweltverträglichkeitsprüfung und Rechtsstaatlichkeit der Planungsverfahren. Sie sind auch verfassungsrechtlich bedenklich angesichts der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundrechtsschutz durch Verfahrensgestaltung…. Bürgerinnen, Bürger und Verbände können sich nur ungenügend einbringen und fühlen sich zu Recht in ihren Bedenken nicht ernst genommen“* (2). Mit dieser prognostischen Einschätzung sollten die Parlamentarier der ersten Stunde Recht behalten.

Die Überführung von bis 1993 nur in Ostdeutschland geltender Regelungen, vor allem aber die Einführung neuer Standards in Verwaltungsverfahren, verliehen beispielsweise dem nächsten Gesetzespaket 1996 eine besondere Qualität hinsichtlich der Tendenz, die Bürgerbeteiligung insgesamt gering zu schätzen und ihre Wirkkraft zu schwächen. Besonders die Möglichkeit, Fehler im Zulassungsverfahren bis zum Ende des Gerichtsverfahrens zu korrigieren und die Aufhebung eines Verwaltungsaktes, der regelmäßig Ziel der Öffentlichkeit bei umstrittenen Umweltschutzprojekten ist, nur noch bei überragenden Fehlern der Verwaltung festzusetzen, waren deutliche Einschnitte in die Verwaltungspraxis und die Kultur des Umgangs mit der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Zulassungsverfahren im Umweltschutz. Die Wirkung dieser gesetzlichen Maßnahmen ist nicht gering zu schätzen, da sie die grundsätzliche Rolle in der Öffentlichkeitsbeteiligung zwischen Behörde, Antragsteller und Bürgerinnen betreffen.

Durch das Gesetzespaket 1996 wurde die gesetzlich verpflichtende Neutralität der Zulassungsbehörde aufgehoben. Fortan sollte sich die Zulassungsbehörde als Dienstleister gegenüber den Antragstellern begreifen. Sie hatte neue gesetzliche Beratungspflichten mit der Zielrichtung, den Abschluss der Genehmigung möglichst rasch zu verwirklichen. Diese neue Gewichtung der Rolle der Zulassungsbehörde verschob auch die Stellung der Öffentlichkeit in einem Zulassungsverfahren. Konnte die Öffentlichkeit bislang davon ausgehen, dass die Zulassungsbehörde relativ objektiv alle Sach- und Beweggründe zum Für und Wider bezüglich des Vorhabens ermitteln und dann in einer gerechten Abwägung bewerten musste, war nunmehr eine Art Vorentscheidung - und zwar gesetzlich gefordert - bereits bei Antragstellung gefallen.

Wie in der Rückschau durch Regierungsvertreter dennoch versucht wurde, den Abbau der Beteiligung zu kaschieren, zeigt die Äußerung von Ralf Nagel, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen auf der 814. Sitzung des Bundesrates am 23. September 2005: „Herr Präsident, meine Damen und Herren! Planungsprozesse in Deutschland können und müssen effizienter gestaltet werden. Darüber besteht Einigkeit. Das ist auch möglich, ohne die Qualität im Prozess der Realisierung von Infrastrukturprojekten – die planerische Qualität, ökologische Belange und Bürgerbeteiligung – zu gefährden. Die Erfahrungen mit dem Verkehrswegeplanungsbeschleu-

Protest vor dem Reichstagsgebäude zu Müllverbrennungsanlage, April 1992

Foto: GRÜNE LIGA

nigungsgesetz in Ostdeutschland zeigen: Weder ökologische Belange noch Bürgerbeteiligung sind dort trotz schneller Planung und Realisierung der Projekte sprichwörtlich unter die Räder gekommen."

In der ersten Regierungsphase von Rot-Grün in den Jahren 1998 bis 2002 wurden keine weiteren Gesetzesvorhaben in Angriff genommen und keine weiteren Beteiligungsstandards in umweltrechtlichen Zulassungsverfahren abgebaut. Allerdings wurden auch keine Änderungen der Vorgängerregierung rückgängig gemacht. So fiel die Antwort auf eine kleine Anfrage 1999 hinsichtlich der Zurücknahme der unter der Vorgängerregierung beschnittenen Bürgerbeteiligungsrechte bereits deutlich anders aus, als noch in der Oppositionsrolle im Bundestag: *„Das deutsche Recht entspricht bereits den Anforderungen an Beteiligungsrechten, wie sie in Artikel 6 der Aarhus-Konvention enthalten sind. Ein Erfordernis, die mit den genannten Beschleunigungsgesetzen vorgenommenen Änderungen von Beteiligungs- und Klagerechten der Öffentlichkeit zurückzunehmen, ist aufgrund der Vorgaben der Aarhus-Konvention deshalb nicht gegeben."* (3)

Bundesnaturschutzgesetz - Änderung mit Symbolkraft

Im von Umweltminister Trittin geführten Umweltministerium versuchte man sich in diesen Jahren auf wenige Projekte im Bereich Beteiligungsrechte zu fokussieren. Hierzu gehörte das Bundesnaturschutzgesetz 2002 mit der Einführung der Verbandsklageregelung auf Bundesebene. Diese Gesetzesänderung hatte durchaus Symbolkraft, in der Praxis waren bis zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits in der überwiegenden Mehrheit der Bundesländer - auch in allen ostdeutschen Bundesländern - entsprechende und häufig weitergehende Regelungen als auf Bundesebene zur naturschutzrechtlichen Verbandklage gesetzlich verankert (4).

Bereits in der zweiten Regierung der Rot-Grünen Regierungskoalition - auch unter dem Eindruck verstärkter wirtschaftlicher Probleme - machten sich gegenläufige Trends hinsichtlich Deregulierung und Bürgerbeteiligung bemerkbar. Während das Verkehrsressort mit Minister Stolpe unter dem Schlagwort des Bürokratieabbaus verstärkte Anstrengungen unternahm, weitere Beteiligungsstandards (Erörterungstermin) abzubauen, versuchte das Bundesumweltministerium, gestützt auf die Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie der EU, eine moderate Ausweitung der Beteiligungsrechte in Deutschland durchzusetzen. Das Ergebnis dieser beiden sich widersprechenden Prozesse fiel dann schon unter die Regierungszeit der Großen Koalition und endete in einem faulen Kompromiss. So wurden in Teilbereichen einige neue Partizipationsrechte im Zuge der EU-Öffentlichkeitsrichtlinie in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, gleichzeitig wurde durch das Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz aus dem Jahr 2006 auf breiter Front der Erörterungstermin, das Herzstück des Beteiligungsverfahrens in Deutschland, von einer *Muss*- in eine *Kann*-Vorschrift verwandelt und damit wiederum die Bedeutung der Bürgerbeteiligung herabgesetzt.

Erfolge ostdeutscher Umweltverbände

In der Praxis haben die ostdeutschen Umweltverbände trotz dieser massiven gesetzlichen Einschränkungen dennoch beachtliche Wirkung im Sinne des Umwelt- und Naturschutzes erzielen können. Klageverfahren wie zu den Lakomaer Teichen, geführt von der GRÜNEn LIGA Brandenburg, gegen das Verlegen entsprechender Gasleitungen von Nord Stream in der Ostsee, geführt vom BUND in Mecklenburg-Vorpommern oder jüngst zur Waldschlösschenbrücke im Freistaat Sachsen, geklagt hatte ein Bündnis, in dem auch die GRÜNE LIGA vertreten war, konnten bundesweite - nicht nur mediale - Beachtung finden.

Das zeigt, trotz der gesetzlichen Einschränkungen der Bundesregierung gab und gibt es noch Möglichkeiten, die „Wachhund"- Funktion auszuüben. Und das, obwohl die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit allen EU-Mitgliedstaaten mittlerweile die schlechtesten Zugangsmöglichkeiten zu Gerichten in Umweltfragen besitzt, trotz des 2006 verabschiedeten neuen Rechtsbehelfsgesetzes in Umweltfragen (5). Allerdings können die Umweltverbände aus rechtlichen-, aber auch Kapazitätsgründen in Ostdeutschland häufig gar nicht so aktiv werden, wie Umweltrecht in der Praxis missachtet wird. Dass war nie wirklich anders, zeigt aber auch, dass man neben großem ehrenamtlichen Engagement auch finanzielle Reserven braucht. Gerade darin liegt im Nachhinein der Wert der Entscheidung im Goldisthal-Fall. Obgleich die geförderten Projekte dieser Stiftung vergleichsweise kleine Summen bewegen und nicht in Klageverfahren Verwendung finden dürfen, können genau diese Möglichkeiten manchmal den Unterschied ausmachen.

Michael Zschiesche
Geschäftsführer
Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.

(1) siehe Ronnellenfitsch, Michael: Beschleunigungsgesetz – Investitionsmaßnahmegesetze – Die Beschleunigung von Verkehrsprojekten in: Blümel (Hrsg.), Verkehrswegeplanung in Deutschland, Speyerer Forschungsberichte 105, 3. Auflage 1993, S. 154 FN 62

(2) siehe Antrag „Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern" des Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Feige und der Gruppe Bündnis90/DIE GRÜNEN v.5.9.1991 in BT-Drucks. 12/1118 S.1

(3) Bt-Drs. 14/746 v. 12.4.1999

(4) siehe Schmidt/Zschiesche/Rosenbaum: Die naturschutzrechtliche Verbandsklage, Praxis und Perspektiven, Springer 1994

(5) siehe Milieu, Summary report on the inventory of EU Member States`measures on access to justice in environmental matters, Brussels, 2007

Alle Gesetze mit Einschränkungen der Bürgerbeteiligungsrechte im Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland bis 1996

- Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz, vom 17.5.1990, BGBl. I S. 929
- Gesetz zur Beschleunigung der Planungen für Verkehrswege in den neuen Ländern sowie im Land Berlin, (Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz - VerkPBG), vom 16.12.1991, BGBl. I, S. 2174
- Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz - InvErlWoBauldG), vom 22.4.1993, BGBl. I S. 466
- Gesetz zur Vereinfachung der Planungsverfahren für Verkehrswege (Planungsvereinfachungsgesetz - PlVereinfG), vom 23.12. 1993, BGBl. I S. 2123
- Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren (Genehmigungsverfahrensbeschleunigungsgesetz – GenBeschlG), vom 12.9. 1996, BGBl. I S. 1354
- Gesetz zur Beschleunigung und Vereinfachung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren, vom 9.10.1996, BGBl, S. 1498
- Sechstes Gesetz zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze (6. VwGOÄndG), vom 1.11.1996, BGBl., S. 1626
- Sechstes Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes, vom 11.11.1996, BGBl

1990 Der erste RABE!

1992

1992

1993

1994

1995

1995

1995

1996

1996

1997

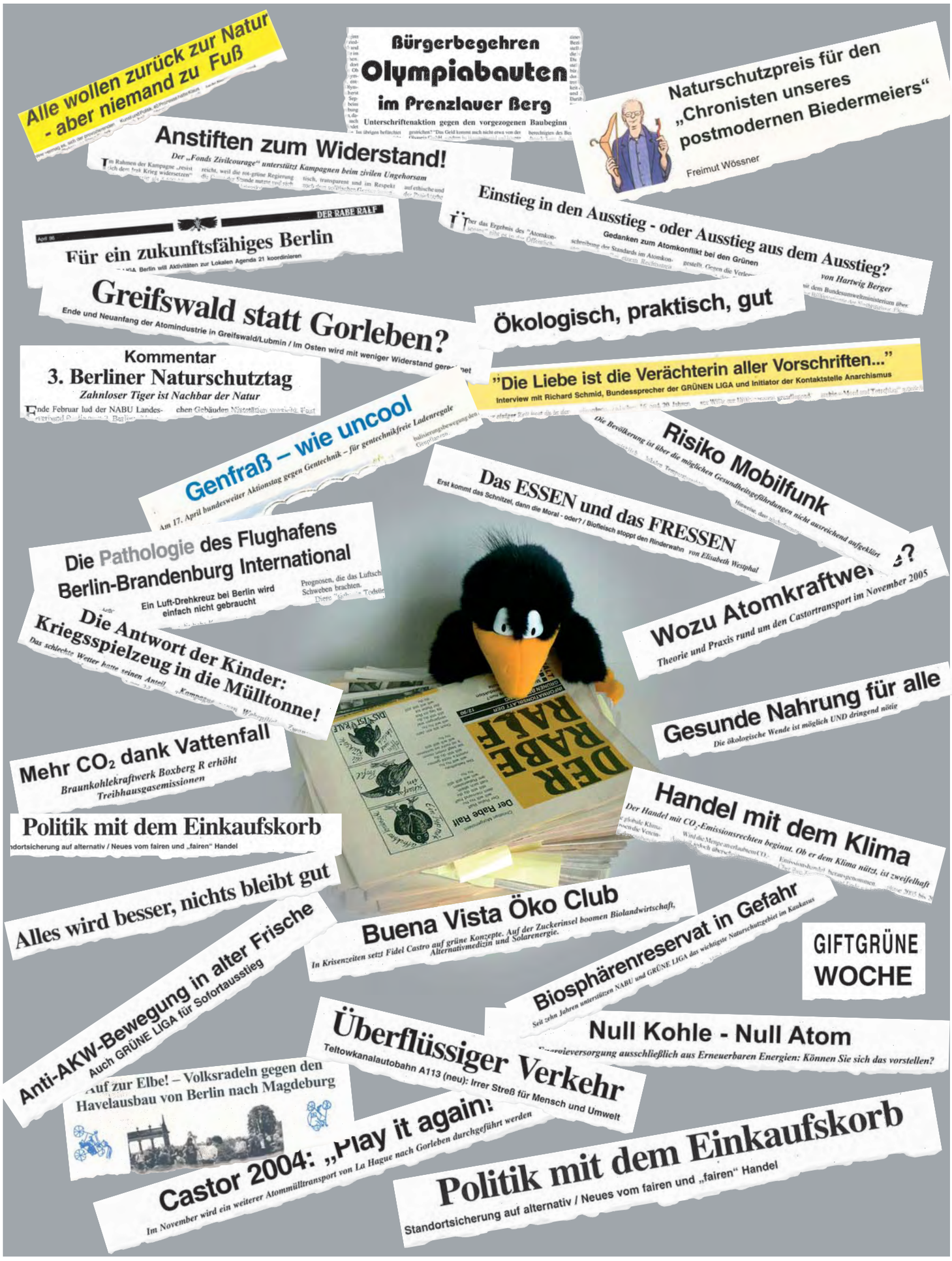
1997

1998

2000

2006

2007


Alle wollen zurück zur Natur - aber niemand zu Fuß
Bürgerbegehren
Olympiabauten
im Prenzlauer Berg
Unterschriftenaktion gegen den vorgezogenen Baubeginn
Naturschutzpreis für den „Chronisten unseres postmodernen Biedermeiers“
Freimut Wössner
Anstiften zum Widerstand!
Der „Fonds Zivilcourage“ unterstützt Kampagnen beim zivilen Ungehorsam
Einstieg in den Ausstieg - oder Ausstieg aus dem Ausstieg?
Gedanken zum Atomkonflikt bei den Grünen
von Hartwig Berger
DER RABE RALF
Für ein zukunftsfähiges Berlin
Berlin will Aktivitäten zur Lokalen Agenda 21 koordinieren
Greifswald statt Gorleben?
Ende und Neuanfang der Atomindustrie in Greifswald/Lubmin / Im Osten wird mit weniger Widerstand gerechnet
Ökologisch, praktisch, gut
Kommentar
3. Berliner Naturschutztag
Zahnloser Tiger ist Nachbar der Natur
”Die Liebe ist die Verächterin aller Vorschriften...”
Interview mit Richard Schmid, Bundessprecher der GRÜNEN LIGA und Initiator der Kontaktstelle Anarchismus
Genfraß – wie uncool
Am 17. April bundesweiter Aktionstag gegen Gentechnik – für gentechnikfreie Ladenregale
Risiko Mobilfunk
Die Bevölkerung ist über die möglichen Gesundheitsgefährdungen nicht ausreichend aufgeklärt
Das ESSEN und das FRESSEN
Erst kommt das Schnitzel, dann die Moral - oder? / Bioffleisch stoppt den Rinderwahn von Elisabeth Westphal
Die Pathologie des Flughafens Berlin-Brandenburg International
Ein Luft-Drehkreuz bei Berlin wird einfach nicht gebraucht
Wozu Atomkraftwerke?
Theorie und Praxis rund um den Castortransport im November 2005
Die Antwort der Kinder: Kriegsspielzeug in die Mülltonne!
Gesunde Nahrung für alle
Die ökologische Wende ist möglich UND dringend nötig
Mehr CO_2 dank Vattenfall
Braunkohlekraftwerk Boxberg R erhöht Treibhausgasemissionen
Handel mit dem Klima
Der Handel mit CO_2-Emissionsrechten beginnt. Ob er dem Klima nützt, ist zweifelhaft
Politik mit dem Einkaufskorb
Standortsicherung auf alternativ / Neues vom fairen und „fairen“ Handel
Alles wird besser, nichts bleibt gut
Buena Vista Öko Club
In Krisenzeiten setzt Fidel Castro auf grüne Konzepte. Auf der Zuckerinsel boomen Biolandwirtschaft, Alternativmedizin und Solarenergie.
Biosphärenreservat in Gefahr
Seit zehn Jahren unterstützen NABU und GRÜNE LIGA das wichtigste Naturschutzgebiet im Kaukasus
GIFTGRÜNE WOCHE
Anti-AKW-Bewegung in alter Frische
Auch GRÜNE LIGA für Sofortausstieg
Überflüssiger Verkehr
Teltowkanalautobahn A113 (neu): Irrer Streß für Mensch und Umwelt
Null Kohle - Null Atom
Energieversorgung ausschließlich aus Erneuerbaren Energien: Können Sie sich das vorstellen?
Auf zur Elbe! – Volksradeln gegen den Havelausbau von Berlin nach Magdeburg
Castor 2004: „Play it again!
Im November wird ein weiterer Atommülltransport von La Hague nach Gorleben durchgeführt werden
Politik mit dem Einkaufskorb
Standortsicherung auf alternativ / Neues vom fairen und „fairen“ Handel

Interview mit Professor Michael Succow

Ein Kämpfer für den Naturschutz gibt Auskunft

Ökologieprofessor Michael Succow ist einer der renommiertesten Wissenschaftler und Kämpfer für den Naturschutz. Seine Verdienste vor allem in Osteuropa und Asien sind von unschätzbarem Wert.
Nach seinem Biologiestudium in Greifswald wurde er nach der Wende selbst Professor an dieser Universität. Er entwickelte innovative Studiengänge wie „Landschaftsökologie und Naturschutz“. Nach 1990 musste er das Kunststück vollbringen, Wissenschaft, Politik und Naturschutz unter einen Hut zu bekommen. Neben dem Bundesverdienstkreuz erhielt er 1997 den Alternativen Nobelpreis für die Ausweisung von Schutzgebieten weltweit. 1999 gründete er mit dem Preisgeld die Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur, wodurch er weitere selbstgesteckte Ziele verwirklichen konnte.

Herr Professor Succow, Sie waren in der Wendezeit stellvertretender Umweltminister der DDR. Heute gibt es in den neuen Ländern wunderschöne Landschaften und Naturschutzgebiete. Wie war die Entwicklung 1989/90?

Die Umweltbewegungen waren ja für das Ende der DDR maßgeblich mitverantwortlich, wie die Christlichen und auch Teile im Kulturbund. Es gab in der DDR ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, allerdings ohne Naturschutz. Außerdem gab es ein aufgeblähtes Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, beziehungsweise ein Wirtschaftsministerium, in dem nur zwei Genossen für Naturschutz zuständig waren. Eine völlig unbefriedigende Situation. Deshalb forderten die Bürgerbewegungen 1989 ein eigenes Ministerium für Naturschutz. Es gab danach viele Umweltinitiativen, zum Beispiel Staatsjagdgebiete in Nationalparke umzuwandeln oder die frei werdenden Grenzsäume dem Naturschutz zur Verfügung zu stellen und eine ökologische Orientierung der Landschaftsnutzung einzuleiten.

Wie war überhaupt die Stimmung in der Wendezeit und welche Neuerungen und Ereignisse brachte sie mit sich?

Mitte November 1989 gab es im DDR-Fernsehen eine erste unzensierte kritische Fernsehsendung zum Naturschutz in der DDR. Ich konnte darin meine Ängste und Hoffnungen für die Zukunft vorstellen. Das brachte Aufmerksamkeit im Westen Deutschlands. Bundesumweltminister Klaus Töpfer lud mich daraufhin Mitte Dezember nach Bonn ein. Ich sollte eine Gruppe von etwa zehn im Naturschutz der DDR wichtigen Leuten zusammenstellen, um uns mit den Spitzen der Umweltverbände der BRD auszutauschen.

Landschaftsökologe Prof. Michael Succow

Foto: Hans Martin Fleischer

Kleine Anekdote am Rande: Ich bekam sogar einen Dienstwagen vom Kulturbund gestellt. Jedoch hatte die Stasi die Reifen manipuliert, und ein Reifen nach dem anderen verlor seine Luft; ebenso der Ersatzreifen. Mit Hilfe des ADAC kamen wir schließlich um Mitternacht in Bonn an.

Wie ging es dann im staatlichen Naturschutz der DDR weiter?

Minister für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR, Hans Reichelt, trat Anfang Dezember 1989 an mich heran: das Kabinett der Modrow-Regierung könne zwar kein eigenes Ministerium für Naturschutz einrichten, aber bietet einen Stellvertreterbereich speziell für den Naturschutz im Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft an. Ich erbat mir 14 Tage Bedenkzeit. Und so fing ich am 15. Januar 1990 diese von mir als Stellvertreterbereich für Ressourcenschutz und Landnutzungsfragen benannte Funktion an.
Umweltminister Reichelt sagte bei meiner Einstellung: „Sie haben alle Freiräume, Sie müssen es besser machen! Ich habe an den Sozialismus geglaubt und mich in vielem geirrt, habe manches falsch gemacht. Wir brauchen jetzt Glaubwürdigkeit und fachliche Kompetenz“. So telefonierte ich umgehend mit meinen Freunden und Weggefährten. Sie sollten zu mir ins Ministerium kommen. Für mich stand neben dem eigentlichen Naturschutz auch die Ökologisierung der Landwirtschaft im Mittelpunkt. Es war eine Aufbruchsstimmung!

Der zentrale grüne Tisch, bei dem auch die GRÜNE LIGA eine maßgebliche Rolle spielte, setzte sich ebenfalls mit allen Problemen eines gewaltigen ökologischen Nachholbedarfs auseinander. Große Erfolge des Sommers 1990 waren unter anderem: die Schließung der großen agrochemischen Zentren, der Meliorationskombinate und industrieller Massentierproduktionsanlagen. Es kam zur Gründung des „Arbeitskreises ökologischer Landbau“ durch die GRÜNE LIGA.
Manches, was wir damals an ökologischem Umbau erreichen konnten, wird heute wieder zurückgefahren. Ein Beispiel hierfür ist die Wiedergeburt der industriellen Tiermast, wie zum Beispiel bei der Schweinemastanlage Hassleben, am Rande des Biosphärenreservats Schorfheide/Chorin. *(siehe RABE RALF, Oktober/November 2009, S. 6/7)* Das ärgert mich heute sehr!

Wie stehen Sie zum intensiv betriebenen Anbau von Energiepflanzen?

Es ist sicher richtig, dass wir auch Biomasse für die Gewinnung von Energie nutzen wollen und müssen. Wir haben ja diesbezüglich vieles an Abfall, das es zu entsorgen gilt. Wir können zudem auf Sonderstandorten eine Erzeugung von Biomasse durchaus für energetische Zwecke betreiben. Dazu dürfen wir aber keinesfalls wertvolle Ackerstandorte in Anspruch nehmen und schon gar nicht durch Energiemassebedarf Moore entwässern.

Was könnten das für Sonderstandorte sein und kann es sich um Moore handeln?

Das könnten auch wiedervernässte Moore sein. Hierbei handelt es sich um die sogenannte *Paludikultur*, zum Beispiel Moor-Saatgrasland, das tiefentwässert, mineralisiert und degradiert zu einer gewaltigen CO_2-Quelle wird. Diese Standorte mit Wasser, wenn es dann noch zur Verfügung steht, zu überfluten, macht Sinn. Hier entstehen dann zumindest phasenhafte Flachwasserstandorte, auf denen hoch produktiv Schilf beziehungsweise Erle wächst. Unterirdisch bildet sich Erlenwurzel- und Schilftorf: also CO_2-Senke und Kohlenstoffspeicherung. Oberirdisch kann man ohne Schaden für das Ökosystem jeden Winter das vertrocknete Schilf beziehungsweise in entsprechend größeren Zeitabständen Erlenholz ernten. Das sind Formen einer Landschaftsnutzung, die die Funktionstüchtigkeit des Moor-Ökosystems erhält, es kommt also zu ökologischen Leistungen, wie Kohlendioxidspeicherung, Verdunstung, Kühlung und Schaffung von Lebensräumen für moorspezifische Organismen. Zudem entstehen im Biomassesektor Arbeitsplätze.

Wo sehen Sie „Stellschrauben“ für eine nachhaltige Landnutzung?

Ich halte die aktuelle subventionierte Landwirtschaft für eine subventionierte Unvernunft, weil erstens damit Überproduktion erzeugt wird, die als exportierte Nahrungs- und Rohstoffe in der Dritten Welt die dortige dringend nötige Entwicklung der eigenen Landwirtschaft torpedieren, und zweitens werden bei uns mit dieser industriemäßigen Agrarnutzung alle Böden ruiniert: Humusschicht, Bodenverdichtung, verstärkte Bodenerosion und stark reduzierte Grundwasserbildung. Außerdem gibt es einen Abbau der Arbeitsplätze.

Also eine Fülle an Problemen und daher kann der Weg nur sein: Wenn eine Landnutzung subventioniert wird, dann muss diese an ökologische und soziale Leistungen gebunden sein!
Also, wie viele Menschen werden pro 100 Hektar beschäftigt? Mehrt sich der Humus mit dieser Landwirtschaft oder habe ich Humusverlust? Gibt es noch den Regenwurm? Eine Landwirtschaft, die die Fruchtbarkeit erhöht und möglichst vielen Menschen Arbeit gibt, ist zu belohnen, eine zerstörerische darf nicht durch uns Steuerzahler subventioniert werden. Ökologisch orientierte Landnutzung ist der einzige zukunftsfähige Pfad im Umgang mit Landschaft.

Erhaltenes Feuchtgebiet in der Oberlausitz- Doberschützer Wasser

Foto: Rolf Kubens

Prof. Succow als Leiter einer studentischen Expedition der TU-Berlin

Foto: Christian Fischer-wikipedia Commons

Was passiert bei weiterhin industriemäßiger und konventioneller Landnutzung?

Ohne landschaftliche Nutzung kann der Mensch nicht existieren! Zerstört er die Landschaft, ihre Funktionstüchtigkeit, hat er auch keine Zukunft. Und deshalb kann es nur darum gehen, jetzt Formen der Landbewirtschaftung, ob im Wald, Gewässer oder auf dem Acker zu fördern, die die Funktion der Ökosysteme im Naturhaushalt erhalten. Äcker haben eben auch Grundwasser zu bilden, wenn der Regen fällt. Und dazu muss es Regenwürmer geben, die den Boden perforieren, dass der Niederschlag versickern kann. Wenn aber der Regenwurm aufgrund der chemischen und physikalischen Belastung der Ackerböden ausstirbt, hat die Natur einen starken Oberflächenabfluss verbunden mit Bodenerosionen. In den Senken sammelt sich der Mutterboden mit den Schad- und Laststoffen sowie der organischen Substanz: ein zunehmend lebensfeindlicher Raum auf diesen Intensiväckern.
Das sind Fehlentwicklungen, hier darf wohl nicht mehr von ordnungsgemäßer Landwirtschaft gesprochen werden. Wir als Steuerzahler tragen die Agrarsubventionen ebenso wie die aufwendige Aufbereitung des vergifteten Grundwassers: ein Wahnwitz! Ich sehe gerade für die Umweltverbände die dringende Ökologisierung der Landnutzung als eine der bedeutendsten Herausforderungen. Auch für die Dritte Welt ist das so wichtig, da dort durch die billigen, subventionierten Importe die lokale Wirtschaft zusammenbricht. Eine vernünftige, nachhaltige Landwirtschaft fördert auch die Biodiversität, eine gesunde Nahrung und nicht diesen Überschuss, der zur Hälfte wieder vernichtet wird. Das ist für mich vor allem in einer Demokratie schwer zu ertragen, wo es doch im Vergleich zum diktatorischen Sozialismus Regelmechanismen gibt.

In welchen Projekten und Ländern arbeiten Sie zurzeit?

Am weitesten sind wir zurzeit mit unserem Projekt in Weißrussland. Die Stiftung arbeitet in einem größeren Projekt im Rahmen der Klimainitiative, bei dem etwa 20.000 Hektar eines entwässerten Moorstandortes wiedervernässt werden. Und auch hier geht es nicht nur um die Schaffung von Lebensräumen und CO_2-Senken, sondern eben auch um die Produktion von Biomasse. Das halten wir für verantwortbar und vernünftig! In der Ukraine treiben wir Ähnliches und ganz aktuell nach den vielen Moorbränden in Russland auch durch Mithilfe bei der Wiedervernässung von Mooren.

Welche Perspektiven gibt es hier bei uns?

In Deutschland könnten wir hunderttausende von Hektar Niedermooren wieder zu Feuchtgebieten entwickeln. Bei einer nassen Bewirtschaftung ergeben sich Lebensräume für Tiere und Pflanzen, Arbeitsplätze für Menschen und bedeutsame ökologische Leistungen.

Wird sich Professor Michael Succow jemals wirklich in den Ruhestand begeben und begeben können?

Jetzt noch nicht! Ich bin natürlich durchdrungen, meine Visionen umzusetzen. In der Kindheit von Kurt Kretschmann auf den Schutz der Natur geprägt, folgten dann Jahre in der Wissenschaft. Aber ich war auch immer verankert in Nichtregierungorganisationen (NGO), wie die damalige Gesellschaft „Natur und Umwelt“, dann der Aufbau des gesamtdeutschen NABU. Das waren für mich ganz wichtige und entscheidende Betätigungsfelder, auch weil sie mich nicht resignieren ließen. Wichtig ist ein Zusammenhalt mit Menschen, die noch Hoffnungen haben, jungen Menschen, die Ideale in sich tragen. Mein Glück war, dass ich an der Universität Greifswald und in den NGOs umgeben war von Gleichgesinnten: Also gemeinsame Anliegen und Zuspruch, anstatt allein in einer Welt voller Wunden zu sein.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Felix Eick

Anzeige

Erfolgreiche Kooperation

Ein Rück- und Ausblick zur Mitwirkung der Naturschutzverbände in Berlin

Vor dreißig Jahren führte die intensive Zusammenarbeit von Naturschutzverbänden und Bürgerinitiativen zu einem bis dahin nicht bekannten „Aha-Erlebnis“: 1976/77 gelang es der „Aktionsgemeinschaft Oberjägerweg“, die Teilzerstörung des Spandauer Forstes durch einen geplanten Kraftwerksbau zu verhindern. Anschließend nutzten einige Aktive der Aktionsgemeinschaft die Kontakte zu Politik und Verwaltung, um an der Formulierung des Berliner Naturschutzgesetzes mitzuwirken. Die Aktiven gewannen damals die Einsicht, dass es gerade im Sinne des Naturschutzes nötig ist, gegenüber der Verwaltung „mit einer Stimme“„ zu sprechen. Diese Einsicht führte im Dezember 1979 zur Gründung der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz (BLN).

Am 11. Juli 1994 kam die GRÜNE LIGA als neues Mitglied dazu. Die BLN hat derzeit 14 Mitgliedsvereine. Davon haben 7 Mitgliedsverbände, darunter die GRÜNE LIGA, die Anerkennung als Naturschutzverband und damit in offiziellen Beteiligungsverfahren die Möglichkeit, ihr Wissen und ihre Vorschläge in den Planungsprozess einzubringen.

Im Rahmen der Verbandsbeteiligung werden diese Stellungnahmen von ehren- und hauptamtlichen Mitgliedern der Mitgliedsverbände zu Gesetzesvorhaben im Bereich von Natur und Landschaft, zu Schutzgebietsausweisungen, zum Flächennutzungsplan und Landschaftsprogramm/Artenschutzprogramm, zu Landschafts- und Bebauungsplänen, zu Eingriffen in Natur und Landschaft, zu Planfeststellungsverfahren, bei Befreiungen von Verboten des Naturschutzes sowie wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren erarbeitet. Seit 1979 wurden insgesamt rund 2.300 Stellungnahmen abgegeben. Eine wichtige Möglichkeit der Naturschutzverbände ist es, Verbandsklagen gegen Entscheidungen der Verwaltung zu führen. Dieses schärfste Mittel der Mitwirkung ist in Berlin nur in wenigen ausgewählten Fällen eingesetzt worden.

Mauerfall und der Naturschutz

Die politischen Veränderungen seit der Maueröffnung wirkten sich auch auf die Arbeit der BLN aus. Kontakte zu Naturschutzgruppen der DDR wurden aufgenommen und intensiviert. Eine erste Zusammenarbeit zwischen der BLN und der GRÜNEn LIGA fand im Juni 1990 mit einer gemeinsamen Erklärung und Forderung nach einem „Grünen Netz für Berlin und sein Umland“ statt. Innerhalb der BLN wurde diskutiert, die zukünftige Arbeit der BLN auf Berlin zu beschränken oder auch auf Brandenburg auszuweiten.

Seit 1996 hat sich die Arbeit für

Ackerfläche mit Südkante der ehem. Baumschule, Baugebiet BBI Business Park Berlin in Treptow

Foto: Dr. Uwe Rink

Georgen-Parochial-Kirchhof I in Prenzlauer Berg

Foto: Dr. Uwe Rink

Kleingartenanlage auf der Trasse der geplanten Verlängerung der BAB 100 in Treptow

Foto: Manfred Schubert

den Nordostraum Berlins zu einem Schwerpunkt der BLN entwickelt. Nach langen Vorarbeiten war die Eröffnung des Naturparks Barnim am 9. Mai 1999 ein krönender Abschluss der Aktivitäten. Jens Redlich, der von der GRÜNEn LIGA vorgeschlagene langjährige Vorsitzende der BLN, war daran maßgeblich beteiligt.

Im Jahr 2000 entwickelten die Berliner Naturschutzverbände ergänzende Vorschläge für die Ausweisung von Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebieten in Berlin, die zum größten Teil durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung aufgenommen wurden.

2005 wurde unter Federführung der BLN als Gemeinschaftswerk der Berliner Naturschutzverbände eine Liste von Kompensationsmaßnahmen vorgelegt, die eine Vielzahl von naturschutzfachlich sinnvollen Vorschlägen enthält, um Eingriffe auszugleichen.

Seit dieser Zeit gewann auch das Thema „Naturschutz auf Berliner Friedhöfen“ - ausgelöst durch die geplanten Stilllegungen von naturschutzfachlich wertvollen Friedhofsflächen - an zunehmender Bedeutung in der Verbandsarbeit. In einem von der BLN erarbeiteten Gutachten von 2007 konnten grundlegende Erkenntnisse hinsichtlich der Pflanzen- und Tierwelt von ausgewählten Berliner Friedhöfen vorgelegt und Vorschläge für den weiteren Umgang mit diesen erarbeitet werden.

Den zahlreichen Stellungnahmen, den Klageverfahren der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und dem vom Naturschutzzentrum Ökowerk organisierten Protest ist es unter anderem zu verdanken, dass das Plateau des Teufelsberges im Grunewald nicht bebaut wird.

In Friedrichshain erreichten die Naturschutzverbände, dass beim Bau des Evangelischen Verwaltungszentrums ein Naturdenkmal - eine alte Kastanie - erhalten wurde, indem das Gebäude in einem Halbkreis um den Baum errichtet wurde.

Durch einen Vergleich im Klageverfahren des NABU gegen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wegen der Erweiterung der Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amtes auf der Halbinsel Reiherwerder konnten zahlreiche sinnvolle Kompensationsmaßnahmen erreicht werden, so zum Beispiel ein Amphibienleitsystem an der Seebadstraße in Hermsdorf.

Die GRÜNE LIGA hat sich intensiv um den Erhalt von Naturdenkmalen in verschiedenen Bezirken gekümmert. Begleitet wurden diese Aktivitäten durch von ihr beantragte verwaltungsgerichtliche Verfahren.

In einem weiteren Vergleich vor dem Verwaltungsgericht Berlin in einem Klageverfahren der BLN gegen die Oberste Naturschutzbehörde konnte

erreicht werden, dass bei der Planung des BBI Business Park Berlin eine schonende Vorgehensweise bei der Beräumung der Flächen und ausgeklügelte Ersatzmaßnahmen für Erdkröten und Zauneidechsen realisiert werden.

Nach einem acht Jahre währenden Rechtsstreit der BLN mit dem Eisenbahnbundesamt vor dem Bundesverwaltungsgericht wird der Stuttgarter Platz in diesen Wochen zu einer Grünfläche umgestaltet, die die Eingriffe beim Bau des neuen S-Bahnhofs Charlottenburg ausgleicht.

Anfang dieses Jahres wurde ein Vergleich zwischen dem klagenden BUND und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes geschlossen, der eine naturverträgliche Sanierung des Sacrow-Paretzer Kanals zur Folge hat.

Aufgaben für die Zukunft

Für die Zukunft erwarten uns Aufgaben wie die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Berlin - hier ist die GRÜNE LIGA stets ein verlässlicher Partner - und die kritische Begleitung der von den Berliner Wasserbetrieben beantragten Grundwasserbewilligungen für die meisten Berliner Wasserwerke. Die Auseinandersetzung mit der Biodiversitätsstrategie und der Strategie Stadtlandschaft Berlin, dem Berliner Biotopverbund und der Überarbeitung der Ausgleichskonzeption als Teile des Landschaftsprogramms sind weitere wichtige Themen.

Eine zentrale Frage für die Berliner Naturschutzverbände wird der Fortgang der Planungen zur Bundesautobahn BAB 100 sein. Sie sind für einen erfolgreichen Klageweg gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Verlängerung der Autobahn gerüstet.

Wesentlich für die Naturschutzverbände ist der bessere Vollzug von Naturschutzaufgaben auf Landes- und Bezirksebene. Personell und finanziell ausgedünnte Verwaltungen können nicht mal mehr ihre gesetzlichen Aufgaben wahrnehmen. Hier sind der Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus gefordert, ein Umdenken einzuleiten.

Der GRÜNEn LIGA Berlin sei herzlich für ihre vielfältigen Beiträge zur Verbandsbeteiligung im Berliner Naturschutz der letzten zwanzig Jahren gedankt. *Manfred Schubert*

Geschäftsführer Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz

Zur Umweltsituation

Fortschritte bei der Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden in den neuen Bundesländern seit 1990

Die Umweltsituation in der DDR war zum Zeitpunkt der Wende (1989/90) durch erhebliche Hinterlassenschaften und Altlasten gekennzeichnet. Die vordergründige Erfüllung der Wirtschaftsplanziele hatte notwendige Umweltschutzmaßnahmen immer wieder hintenan gestellt, so blieben dringende Investitionen in die Umweltinfrastruktur aus. Gesundheitsgefährdende Gefahren wie belastetes Trinkwasser und eine hohe Luftverschmutzung in den Industrie- und Ballungszentren wurden in Kauf genommen.

Hinzu kamen die Folgeschäden des großflächigen Braunkohlebergbaus sowie die durch Industrie und Landwirtschaft hervorgerufene Belastung der Gewässer. Die anfänglichen Befürchtungen einer flächenhaften Umwelt- und Gesundheitsgefährdung bestätigten sich dagegen nicht.

Als gegensätzliches Extrem des Natur- und Umweltschutzes in der DDR muss die Tatsache gewertet werden, dass aufgrund des im Gegensatz zur BRD ausgebliebenen beziehungsweise stark eingeschränkten Zersiedelungsprozesses und des somit geringeren Bodenverbrauchs viele großflächige Landschaftsräume mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten erhalten geblieben sind.

Umweltmedium Luft

Bis Mitte der 1990er Jahre war Schwefeldioxid (SO_2) noch eine der Leitkomponenten der Luftbelastung in Deutschland. Allein auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts mit dem Chemiedreieck aus Bitterfeld-Wolfen, Buna-Schkopau und Leuna sind 1989 etwa ein Drittel mehr SO_2 und Staub emittiert worden als in der gesamten alten Bundesrepublik! Durch die Modernisierung der Großfeuerungs- und die Umrüstung von Kleinfeuerungsanlagen entsprechen die heute in den neuen Ländern gemessenen SO_2-Konzentrationen in ihrer Größenordnung denen der alten Länder. Um beim Beispiel Sachsen-Anhalts zu bleiben: Hier wurde die SO_2-Belastung auf etwa ein Hundertstel reduziert. Damit sind Belastungen der menschlichen Gesundheit und der Vegetation kaum noch nachzuweisen.

Die Treibhausgasemissionen (darunter CO_2) wurden seit den 90er Jahren in Ostdeutschland deutlich mehr als halbiert. Dies hat beitrittsbedingt mit der massenhaften Aufgabe von Industriestandorten zu tun sowie mit massiven Investitionen in die Modernisierung der verbliebenen Unternehmen, insbesondere die der Energiewirtschaft. Zusätzlich wirkten sich die Umstellung auf umweltverträglichere Energieträger, die Förderung effizienterer Energienutzungen sowie die Modernisierung der Abfallwirtschaft aus. So verzeichnete zum Beispiel allein der Freistaat Sachsen in den 90er Jahren eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 63 Prozent.

Braunkohlekraftwerke haben den höchsten CO_2-Ausstoss unter allen Stromerzeugern – absolut 1153 g / 729 g CO_2 pro kwh ohne / mit Kraft-Wärmekopplung (Quelle: www.co2-emissionen-vergleichen.de)

Foto: KWJ Schneider

Bei Stickstoffoxiden (NOx), berechnet als NO_2, ist die Belastung in den neuen Ländern heute bereits niedriger als in den alten Ländern. Dieser Rückgang erfolgte mengenmäßig am deutlichsten im Bereich des Verkehrs als Folge der Modernisierung des Kfz-Bestandes. Bei Feinstaub (unter anderem als partikelförmiges Ammoniumnitrat vorliegend) haben sich die Pegel in den Ballungsgebieten in Ost und West bis Ende der neunziger Jahre angeglichen. Seitdem ist eine Stagnation in Ost und West zu verzeichnen.

Umweltmedium Wasser

Ab den späten 1970er Jahren verringerte sich die Nährstoff- und Schadstoffbelastung der westdeutschen Flüsse nach dem Bau von Kläranlagen mit dritter und vierter Reinigungsstufe (entsprechend Phosphor-/Nitratentfernung) sowie aufgrund reduzierter industrieller Einleitungen deutlich. Ab 1990 profitierten auch die ostdeutschen Flüsse von diesen Maßnahmen und erholten sich deutlich und wider Erwarten sehr schnell.

Exemplarisch hierfür steht das Beispiel der Elbe. So musste bei der Erstellung der ersten gesamtdeutschen Gewässergütekarte 1990 zur Beschreibung der Elbewasserqualität eine zusätzliche 8. Stufe, die Gewässergüteklasse „ökologisch zerstört“, eingeführt werden, um der teilweisen Gewässerqualität im Elbeeinzugsgebiet gerecht zu werden (eine Einschätzung, übrigens, die noch um 1970 auch für den Rhein zutraf). Durch die anschließende Aufgabe vieler Industriebetriebe im Elbeeinzugsgebiet und die Veränderung der Produktionsprofile bei den verbliebenen Unternehmen verbesserte sich die Wasserqualität bis 1995 in den am stärksten verschmutzten Flussabschnitten unterhalb von Dresden rasch um mehrere Stufen. Mit dem Neubau von Kläranlagen setzte sich diese Verbesserung bis zum Jahr 2000 fort. Die Schadstoffbelastung der Elbe sank damit seit der Wende um 90 Prozent.

Auch in der Wasserwirtschaft verfügen die neuen Länder heute über leistungsfähige öffentliche und private Unternehmen und Zweckverbände. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden dort (einschließlich Berlin) allein zwischen 2002 und 2004 rund 3 Milliarden Euro in die öffentliche

Fortsetzung von Seite 21: Zur Umweltsituation

Hochwasser in einem Altarm der Elbe bei Wittenberge

Foto: Gudrun Vinzing

Abwasserbeseitigung investiert.

Mit der stetigen Verbesserung der Wasserqualität der ostdeutschen Gewässer steigt auch wieder die Artenanzahl bei Fischen und Kleinorganismen. An der mittleren Elbe werden inzwischen wieder etwa 45 Arten gezählt, an der Unterelbe sogar mehr als 90. Zu Aal, Hecht, Karpfen und Zander gesellt sich heute wieder ein gutes Dutzend weiterer Arten, darunter Blei, Döbel, Flussbarsch, Gründling und Meerforelle. Im August 2006 wurde an der deutsch-tschechischen Grenze ein

Luftgüte-Messstation in Berlin

Foto: GRÜNE LIGA

1,04 Meter großer Atlantischer Lachs gefangen.

Künftige Herausforderungen zur Umsetzung eines guten Gewässerzustandes (gemäß europäischer Wasserrahmenrichtlinie) liegen auch in den neuen Bundesländern in der weiteren Reduzierung von Einleitungen, in der Wiederherstellung einer den ökologischen Erfordernissen entsprechenden Gewässerstruktur einschließlich der Durchgängigkeit für wandernde Arten. Die Umweltverbände sind aufgerufen, diesen Prozess kritisch zu begleiten – etwa durch die Verhinderung überdimensionierter Verkehrswasserbauanlagen.

Umweltmedium Boden

Eines der schwerwiegendsten Umweltprobleme in den neuen Ländern stellten nach 1990 die Altlasten dar. Jahrzehntelange Handhabungsverluste bei gesundheitsschädlichen Stoffen oder einfach nur umweltuntaugliche Anlagen hatten an den Standorten zahlreicher Industrie- und Gewerbebetriebe zu erheblichen Belastungen geführt. Bei den Großstandorten kamen die nie wirklich aufgearbeiteten Schadstoffbelastungen durch Kriegszerstörungen und den Fingerprint der Industrialisierungsanfänge hinzu.

Um die Nachnutzung dieser Altstandorte für künftige Investoren attraktiv zu machen, wurde bereits 1990 die Altlastenfreistellungsklausel im noch von der Volkskammer der DDR erlassenen Umweltrahmengesetz festgeschrieben, die grundsätzlich den Ländern die Kosten der Altlastensanierung überantwortete. 1992 schließlich schlossen Bund und Länder ein Verwaltungsabkommen, das eine Beteiligung des Bundes an den Sanierungskosten in Höhe von 60 (bei Großprojekten wie zum Beispiel der Braunkohlesanierung 75) Prozent festlegte. Inzwischen ist der Großteil der Altstandorte und die überwiegende Zahl der Großprojekte saniert oder sieht in absehbarer Zeit dem Sanierungsende entgegen.

„Lausitzer Seenland“ und „Leipziger Neuseenland“ sind Bezeichnungen für neue Landschaften, die auf ehemaligen Braunkohletagebauen und Altstandorten der DDR-Braunkohlenindustrie entstanden sind oder derzeit gestaltet werden. Der Umwidmungsschlüssel von ursprünglich 1.200 Quadratkilometern Sanierungsfläche sieht rund 50 Prozent land- und forstwirtschaftliche Flächen, 27 Prozent Wasserflächen und 18 Prozent Naturschutzflächen vor. Auf rund 3 Prozent entstehen Gewerbe- und Industrieflächen. Bis Ende 2009 wurden knapp 9 Milliarden Euro in das Mammutprojekt Braunkohlesanierung investiert.

Umwelt- und Naturschutzverbände engagieren sich für die Sicherung und Entwicklung der Bergbaufolgelandschaften als wertvolle Naturräume. Besondere Probleme bereiten dabei immer wieder die Gewässernachsorge (Versauerungsgefahr infolge des hohen Eisen- und Schwefelgehalts des Bodens) sowie örtlich eintretende gravierende Vernässungen von Standorten infolge des Grundwasserwiederanstiegs.

Insgesamt bleibt rund um das Medium Boden noch viel zu tun. So muss zum Beispiel der Bodenerosion verstärkt Einhalt geboten und der auf hohem Niveau stagnierende Flächenverbrauch (zurzeit bundesweit etwa 100 Hektar oder 1 Quadratkilometer pro Tag) gesenkt werden. Außerdem gilt es, Schadstoffeinträge weiter zu verringern beziehungsweise, wie im Fall monströser Mastanlagen, gar nicht erst zuzulassen. Ein relativ neues Feld für Aktivitäten ist mit der Verhinderung des Einsatzes genmanipulierten Saatguts (und seiner Folgen für die Bodenfunktionen) gegeben.

Jörg Parsiegla

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Materialien der Konferenz „20 Jahre Umweltunion“ (Bitterfeld)

Anzeige

KÖPENICKER WEINLADEN
Faßverleih und mehr
Mo-Fr 14.00-18.30
Sa 10.00-18.00
Tel. 611 90 09
Köpenicker Straße 8 10997 Berlin-Kreuzberg

Was nun?

20 Jahre Umweltbewegung in den neuen Ländern

Der Runde Tisch am 17. November zu 20 Jahren Umweltbewegung in den neuen Bundesländern begann mit der Verlesung des Gründungsaufrufs für eine GRÜNE LIGA vom 18. November 1989. Ist es nun erschütternd, dass die Inhalte immer noch hochaktuell sind oder können wir einfach stolz sein, so zeitlos richtig zu liegen? Die Richtung stimmt in jedem Fall. Der Einsatz für Natur und Umwelt ist nicht nur notwendig, er ist auch lohnend. Aber was ist zu tun, wo liegen die (neuen) Herausforderungen für die nächsten Jahre?

Bewährt hat sich das Knüpfen von Netzwerken. Unter dem Dach der GRÜNEN LIGA wurde zum Beispiel das größte deutsche Vernetzungstreffen, das Umweltfestival, seit 1995 behutsam entwickelt. Heute präsentieren sich jährlich etwa 200 Institutionen aus den Bereichen Umwelt- und Naturschutz im Herzen Berlins. Kooperationen werden angestoßen, Innovationen gezeigt – ein guter Tag für die Umwelt. Ebenfalls ein Riesenerfolg ist das Wasservolksbegehren in Berlin. Die GRÜNE LIGA, das Netzwerk ökologischer Bewegungen, ist der zentrale Knoten dieses Netzes aus ganz verschiedenen Akteuren. Die Erfahrungen der ostdeutschen Umweltschützer aus der Wendezeit sind für diese Handlungsform enorm wichtig. Die Kultur der Runden Tische hat uns geprägt, ebenso die Offenheit gegenüber Andersdenkenden, anderen Umgangsformen oder unterschiedlicher sozialer Herkunft. Wir haben auch gelernt, uns für große Erfolge selbst zurückzunehmen.

Zeigen, wie es geht

Wichtig bleiben ebenso die guten Beispiele. Wir müssen zeigen, wie es geht. Als wir vor über 15 Jahren in Berlin-Pankow den ersten Ökomarkt in Ostdeutschland eröffneten, ernteten wir skeptische Blicke und aus heutiger Sicht sehr lustige Fragen. Dinge zu sehen, anfassen zu können oder zu spüren, bewegt mehr als jedes Wort. So kann man zum Handeln anregen! Ebenso dringend ist es, akute globale und lokale Umweltschäden zu verhindern. Der Kampf gegen die Atomkraft ist hier nur ein Beispiel.

Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Unsere Umweltbildungseinrichtungen wie die Johanneshöhe oder die Jugend- und Naturschutzakademie Brückentin sowie unsere Umweltmedien wie der RABE RALF prägen heute die Umweltschützer von morgen. Die Transparenz von Umweltdaten und deren Vermittlung war eines unserer Gründungsanliegen. Das ist auch 20 Jahre nach der Wende alles andere als selbstverständlich und muss, wie das Wasservolksbegehren gezeigt hat, permanent erkämpft werden. Bildung ist die Voraussetzung für Partizipation. Nur wer viel weiß, kann sich konstruktiv einbringen. Es muss aber auch darum gehen, Bürgerinnen und Bürgern Räume zu geben, die sie selbst gestalten können.

Vor zwei Jahrzehnten haben wir die ostdeutsche Warteschlangenwirtschaft mit der westlichen Überflussgesellschaft getauscht. Der heutige Kampf gegen den hohen Ressourcenverbrauch und die hohe Arbeitslosigkeit bedarf fundamentaler gesellschaftlicher Veränderungen. Ostdeutsche wissen, dass Gesellschaft veränderbar ist. Sie haben selbst gestaltet und haben selbst profitiert. Das gibt Kraft für die Suche nach gesellschaftlichen Utopien.

Netzwerke knüpfen, gute Beispiele zeigen, akute Umweltschäden verhindern, Umweltbildung ausbauen und gesellschaftliche Utopien entwickeln – einfacher ist die Ökologisierung der Gesellschaft nicht zu haben. Das Meiste ist noch nicht getan - wunderbare Zukunft!

Stefan Richter
Geschäftsführer GRÜNE LIGA Berlin

St. Richter und der RABE

Foto: GRÜNE LIGA

In 20 Jahren im RABEN RALF

Ein optimistischer Ausblick

Wir feiern nicht nur vierzig Jahre RABE RALF, sondern zehn Jahre atomfreies Deutschland. Es gibt über eine halbe Million Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien und die Exporte der ökologischen Technologien florieren. Westeuropa kann sich zu 80 Prozent durch Erneuerbare illuminieren und klimatisieren. Die vollständige Versorgung durch regenerative Energien ist nah, da auch der Finanzsektor erkannt hat, welche Potenziale des boomenden Sektors global vorhanden sind.

Mit jahrzehntelanger Verspätung gelingt es die Ziele zum Schutz der Biodiversität in den Bereichen Artenvielfalt, Ökosysteme und genetische Vielfalt annähernd zu erreichen. Die GRÜNE LIGA ruft im RABEN RALF dazu auf, größere Gebiete in Deutschland, aber auch in aller Welt, unter Naturschutz zu stellen und erfährt Zuspruch von grünen Kanzlern und Kanzlerinnen.

Die Seite „RALF kocht“ erfreut sich größter Beliebtheit, da Mann und Frau gemeinsam am Herd stehen und Spaß haben beim Zubereiten des Rosenkohlsalates und Kohlrabigratins. Biolebensmittel haben längst den Ruf der Müsliesser und Ultraökos verloren. Vor dem Supermarkt sind Fahrradständern mit Solardächern die Autoparkplätze gewichen. Die Menschen haben verstanden, dass das Zeitalter der Autos viel zu lange währte und eine Entschleunigung der Gesellschaft bitter nötig war.

Sie genießen die bessere Luft und Ruhe, legen mehr Wege mit dem Fahrrad oder per pedes zurück, was auch ihrer körperlichen Konstitution zuträglich ist. Der BBI in Berlin-Schönefeld und andere Großflughäfen sind nur noch zu zwanzig Prozent ausgelastet, was mittelfristig zu einer Schließung und Umwandlung in eine stadtökologisch interessante Brachfläche führen wird.

Nachdem alle Geheimverträge offengelegt wurden und das Land wieder Herr des Wassers ist, sind die Preise gefallen und die Verbraucher legen das gesparte Geld in Wassersparhähne an und reduzieren den Verbrauch des blauen Goldes.

Die Rubrik „Gentech-News“ entfällt schlicht seit fünf Jahren, da Monsanto & Co nirgends auf der Welt mehr Land zur Verfügung gestellt bekommen, um ihr tödliches Saatgut zu testen.

Die Menschen erkennen wie schön, erholsam, kostengünstig und ökologisch verträglich man im eigenen Land Urlaub machen kann. Längere Strecken innerhalb Europas werden mit der mittlerweile regelmäßig gewarteten und mit manuell zu öffnenden Fenster ausgestatteten Bahn zurückgelegt, und nur im Ausnahmefall leistet man sich einen sehr teuren interkontinentalen Flug oder steigt ins Erdgas- oder E-Auto.

Verpackungen werden massiv besteuert und auf den neuen recyclebaren wird zu Recht auf transparente Weise angegeben, dass das Produkt ökologisch und sozial fair hergestellt wurde.

Die Umweltbibliothek der GRÜNEN LIGA füllt sich immer mehr mit Büchern, die den noch rechtzeitigen Gesellschaftswandel hin zu gelebter Nachhaltigkeit beschreiben.

Die Terminseite unserer Zeitung ist voll mit Diskussionsrunden zu Themen wie: „Wie produzieren wir all das nachgefragte Recyclingpapier?“ oder „Wohin mit all den Arbeitern aus der Automobilindustrie?“. Doch die Endlagerfrage für Atommüll ist immer noch ungeklärt.

Den Politikern/-innen wird wieder vertraut, wodurch die Demokratie erstarkt und sich ausbreitet. Im RABEN RALF erscheint ein begeisterter Artikel auf der internationalen Seite über die vollendete Demokratisierung Chinas, Kubas, Simbabwes und Nordkoreas.

Durch global gerecht handelnde Politiker in den Industriestaaten werden eine Minimierung des Nord-Süd-Konflikts und weniger Abhängigkeiten erreicht. Armut und Hunger können gelindert werden. Dieser Prozess wird erst ein Anfang, tendenziell jedoch sehr erfreulich und vielversprechend sein und unter anderem Stoff für weitere zwanzig Jahre Umweltzeitung RABE RALF liefern. *Felix Eick*

Anzeige

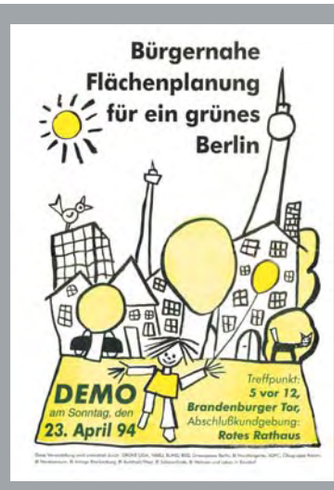
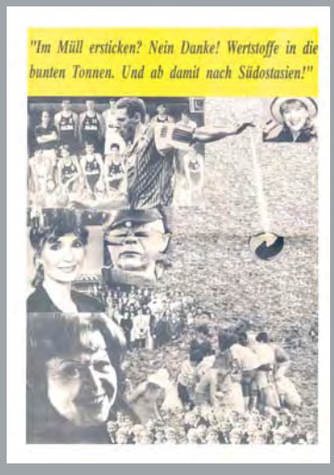
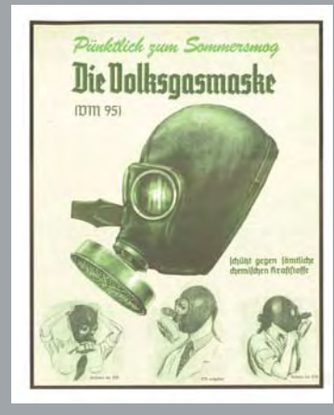
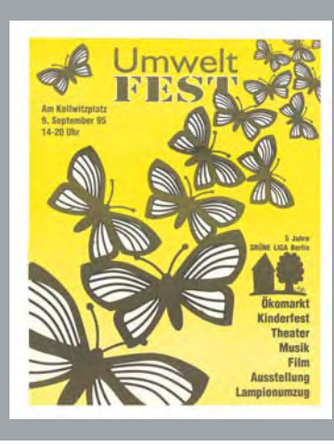
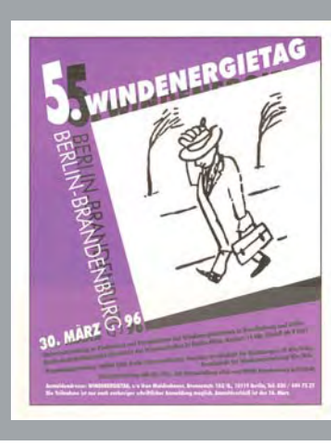
Schon den Geldhahn abgedreht?

Soll wirklich die Atomlobby von Ihrem Strombezug profitieren? Wo der Strom herkommt ist wichtig – wo das Geld hingeht noch wichtiger: Wir sind aus einer Bürgerbewegung entstanden und beziehen Ihren ökologischen Strom ausschließlich von Produzenten, die keine Beteiligung von AKW-Betreibern oder deren Tochterunternehmen haben. **Wechseln Sie! Umso schneller, desto besser.**

EWS ElektrizitätsWerke Schönau

- Einziger Anbieter mit der Gesamtnote „Sehr gut“ (Vergleich Ökostromanbieter: Bund der Energieverbraucher e.V., III/2004)
- Sauberer Strom zum fairen Preis – bundesweit!
- Förderprogramm mit über 750 Anlagen in Bürgerhand

guter Strom. guter Preis Elektrizitätswerke Schönau 07673/888 50 www.ews-schoenau.de



Rücktitel aus den frühen 90ern